

## "Die wirtschaftlichen Sorgen der Commonwealth-Länder" in Süddeutsche Zeitung (6. September 1961)

**Quelle:** Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Friedmann, Werner; Goldschagg, Edmund; Schöningh, Dr. Franz Josef; Schwingenstein, August ; RHerausgeber Friedmann, Werner. 06.09.1961, Nr. 213; 17. Jg. München: Süddeutscher Verlag. "Die wirtschaftlichen Sorgen der Commonwealth - Länder", auteur:Geyer, Curt , p. 4.

**Urheberrecht:** (c) Süddeutsche Zeitung

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/die\\_wirtschaftlichen\\_sorgen\\_der\\_commonwealth\\_lander\\_in\\_suddeutsche\\_zeitung\\_6\\_september\\_1961-de-02e9a1c2-5f83-446d-81d9-1479b2072056.html](http://www.cvce.eu/obj/die_wirtschaftlichen_sorgen_der_commonwealth_lander_in_suddeutsche_zeitung_6_september_1961-de-02e9a1c2-5f83-446d-81d9-1479b2072056.html)



**Publication date:** 01/03/2017

## Die wirtschaftlichen Sorgen der Commonwealth-Länder

### **Australien und Neuseeland sind die Hauptgegner eines britischen Beitritts zur EWG**

*Von unserem Korrespondenten Curt Geyer*

London, 5. September

Auf der Konferenz der Commonwealth-Finanzminister, die am 12. September in London beginnt, wird in erster Linie über die allgemeinen Rückwirkungen eines Beitritts Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt gesprochen werden. Zum allgemeinen Thema gehören die politischen Bedenken, die Abschätzung der Wirkungen auf die Sozialstruktur der einzelnen Commonwealth-Länder, und die Beeinflussung ihrer Zahlungsbilanzen.

Am Vorabend der Konferenz hat die australische Regierung neue Vorstellungen in London erhoben und besonders ihre Befürchtungen für die Zukunft der Pfundwährung und des Sterling-Gebiets dargelegt. Australien besitzt ein größeres Sterling-Guthaben als jedes andere Land der Erde. Die australischen Minister befürchten, daß nach dem Beitritt eine Pfundabwertung in allen Ländern des Sterling-Gebiets nötig werden könnte, daß die Reserven des gesamten Sterling-Gebiets, die in London gehalten werden, beträchtlich absinken könnten und daß schließlich der Gesamtzusammenhang des Sterling-Gebiets auf das schwerste erschüttert wird. Der australische Schatzkanzler hat soeben im Parlament auseinandergesetzt, daß die Kapitalversorgung Australiens durch Großbritannien bedroht wäre. Unter den Artikeln 67 und 73 des Römischen Vertrags könnte Großbritannien sich gezwungen sehen, seinen Kapitalexport an Nichtmitglieder des Gemeinsamen Marktes einzuschränken.

### **Die handelspolitischen Tatsachen**

Bei einer Abschätzung der Frage, ob Großbritannien Aussicht habe, bei den bevorstehenden Verhandlungen lebenswichtige Commonwealth-Interessen zu schützen, muß man sich zunächst an die handelspolitischen Tatsachen halten. Der Anteil des Commonwealth am Welthandel beträgt rund 30 Prozent, wobei Exporte und Importe sich in der Größenordnung von zehn bis zwölf Milliarden Pfund jährlich bewegen.

Die Commonwealth-Länder gehören zu den größten Lieferanten von Rohstoffen in der Welt. Ihr Anteil an den Weltexporten beträgt bei Jute 99 Prozent, bei Lamm- und Hammelfleisch 80 Prozent, bei Wolle 75 Prozent, Butter 53 Prozent, Kakao 50 Prozent, Kautschuk 43 Prozent, Weizen 41 Prozent, Zucker 20 Prozent. Über die Spezialinteressen der einzelnen Commonwealth-Länder und über die Bedingungen, die sie für den Schutz ihrer Sonderinteressen aufstellen werden, kann im einzelnen auf der Finanzminister-Konferenz nicht beraten werden, schon aus technischen Gründen nicht, wenn nicht aus dieser Konferenz ein Kongreß von langer Dauer werden soll.

Ein Überblick darüber, welche Interessen der einzelnen Commonwealth-Länder berührt werden und was sie befürchten, lehrt, daß die eigentliche Problematik bei den landwirtschaftlichen Interessen von Australien, Neuseeland und in zweiter Linie von Kanada liegt.

Für die neuen Commonwealth-Länder an der afrikanischen Westküste handelt es sich mehr um ein Problem der politischen Orientierung als um ein lebenswichtiges Problem. Ghana sendet bereits mehr als die Hälfte seines Kakaos nach Ländern der Wirtschaftsgemeinschaft, Nigeria mehr als ein Drittel. In Ghana wird bereits gefordert, die afrikanischen Länder zu einer afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammenzuschließen. Aus diesen Gründen stehen Ghana und Nigeria dem Eintritt Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt kühl, wenn nicht offen ablehnend gegenüber. Das steht weiterhin im Zusammenhang mit ihrer Tendenz zum Neutralismus. Nigeria ist eben im Begriff, das Verteidigungsabkommen mit Großbritannien zu kündigen, weil es mit seiner neutralistischen Haltung nicht mehr vereinbar ist.

Der Protest Sir Roy Welenskis im Namen der Zentralafrikanischen Föderation gegen den Beitritt Englands

zur EWG und seine düsteren Prophezeiungen über die Rückwirkung auf die Position der Europäer in Rhodesien entspringt ebenfalls in erster Linie politischen, nicht handelspolitischen Erwägungen.

Was die asiatischen Commonwealth-Länder betrifft, so sendet Indien 27 Prozent, Pakistan 15 Prozent und Ceylon 33 Prozent seiner Exporte nach Großbritannien. Indien exportiert Jutefabrikate, Baumwollwaren, Tee, Rohbaumwolle, Pflanzenöl, Früchte, Häute, Leder und Gewürze. Pakistan Rohjute, Rohbaumwolle, Wolle, Tee, Häute, Ceylontee, Kautschuk und Kokosnußprodukte. Als Rohstofflieferanten sind die drei Länder kaum in Gefahr, in ihren wichtigsten Exporten bedroht zu werden. Auch waren mindestens Indien und Ceylon in verschiedenen politischen Krisen bereit, aus politischen Gründen aus dem Commonwealth auszutreten – ein Beweis dafür, daß es sich für sie keineswegs um eine wirtschaftliche lebenswichtige Frage handelt.

Anders liegen die Verhältnisse in Australien und die politischen Befürchtungen, die Ministerpräsident Menzies ausspricht, haben einen sehr realen wirtschaftlichen Hintergrund. Australien liefert nach Großbritannien in erster Linie Agrarprodukte, nämlich Wolle, Weizen und Mehl, Fleisch, Butter und Zucker. Vor einem Gesamtexport von 926 Millionen australischen Pfund entfallen 70 Prozent auf Agrarprodukte, davon 40 Prozent auf Wolle, der Rest auf die übrigen Produkte in Höhe von 272 Millionen australischen Pfund. Großbritannien nimmt 26 Prozent des australischen Gesamtexportes auf. Die Australier schätzen, daß ein Viertel bis ein Fünftel ihres Gesamtexports bedroht ist, falls Großbritannien dem Gemeinsamen Markt beitrifft, und wenn sich die EWG auf gemeinsamen Schutz der Landwirtschaft des Gemeinsamen Marktes einigt.

Obwohl es sich nur um ein Viertel bis ein Fünftel des Gesamtexports handelt, das für bedroht gehalten wird, müßte eine Schließung oder Verknappung der bisherigen Märkte eine Krise unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung hervorrufen, die in der Sozialstruktur Australiens die wichtigste Rolle spielt. Australien ist zwar an krisenhafte Marktentwicklungen gewöhnt, denn die Preise für Wolle und Weizen schwanken erheblich. Australien fürchtet, daß es sich ohnehin in Großbritannien gegen die amerikanische Konkurrenz nur dank des Vorzugszollens behaupten kann. So ist es nicht verwunderlich, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung Australiens einen erheblichen Druck auf die Regierung ausübt.

Während es sich in Australien immerhin nur um eine Umstellung handelt, sieht man in Neuseeland den Beitritt Großbritanniens geradezu als eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe an. Die Existenz der neuseeländischen Bevölkerung – und es ist keine schlechte Existenz – beruht auf den vier Säulen Wolle, Gefrierfleisch, Butter und Käse. 64 Prozent des Gesamtexportes gehen nach Großbritannien. Ausgenommen für Wolle ist Großbritannien praktisch der einzige Markt Neuseelands. 94 Prozent des Gefrierfleischexports, 94 Prozent des Käseexports und 89 Prozent des Butterexports gehen dorthin. Für neuseeländisches gefrorenes Lamm- und Hammelfleisch wird außerhalb Großbritanniens in Europa kaum Nachfrage sein. Einige neuseeländische Farmer denken deshalb schon daran, in den sauren Apfel zu beißen und Verhandlungen mit China anzufangen. Die jüngste Entwicklung der neuseeländischen Landwirtschaft ist im Zusammenhang mit den Vorzugszöllen und dem System des Schutzes der britischen Landwirtschaft erfolgt, so daß sie ein organisches Glied der Organisation der Lebensmittelversorgung Großbritanniens darstellt. Wenn Großbritannien im Gemeinsamen Markt seine Lebensmittelversorgung neu organisiert, hängt die neuseeländische Landwirtschaft in der Luft.

### **Neuseelands Existenz gefährdet**

In erster Linie handelt es sich für die Farmer um den Butterabsatz. Bereits heute führen sie lebhaft Beschwerde über die europäische Konkurrenz und deren Preis. Sie senden durchschnittlich 160 000 Tonnen Butter nach Großbritannien. Vor zwei Jahren erzielten sie dafür 55 Millionen Pfund, heute nur noch 40 Millionen Pfund. 34 Prozent der britischen Buttersversorgung kommen aus Neuseeland, 12 Prozent aus Australien, 19 Prozent aus Dänemark und 10 Prozent aus der eigenen Landwirtschaft. Die Konkurrenz kommt in erster Linie von Irland, Holland, Polen und Finnland. Nicht nur für Neuseeland, sondern auch für europäische Länder ist das Anwachsen der Milchproduktion ein Problem. Die Neuseeländer befürchten, daß ihnen der Hals abgeschnitten wird, obgleich unter dem Gesichtspunkt technischen Fortschritts und klimatischer Bedingungen das Land die fortschrittlichste Milchproduktion der Welt besitzt.

Für die Wirtschaft Kanadas entscheidend sind die großen Exporte von Holz und Papier, Metallen und Weizen. Nur 15 Prozent des kanadischen Gesamtexports gehen nach Großbritannien. Die Zukunft des kanadischen Weizenexports ist, wie die Weizenfrage, ein internationales Problem. Für Holz und Papier sitzen die gefährlichsten Konkurrenten nicht im Gemeinsamen Markt, sondern in der EFTA. Über den Metallexport hat Kanada ohnehin günstige Verhandlungen mit dem Gemeinsamen Markt geführt. Befürchtungen bestehen für die sich entwickelnde kanadische Industrie, die 40 Prozent ihrer Exporte in Großbritannien absetzt, nämlich Maschinen, Chemikalien, Haushaltsartikel und Damenbekleidung. In der Gesamtbilanz fällt der kanadische Export nach Großbritannien nicht stark ins Gewicht, aber die kanadische Regierung befürchtet, daß eine Einschränkung oder Erschwerung dieser Exporte schwere lokale Störungen mit sich bringen könnte.